



## Sinneswandel!



Jörg  
Bruchmüller

**Zur Erinnerung:** Mit unserer Postkartenaktion hatten wir sieben Wochen vor der Landtagswahl auf einen eklatanten Personalmangel hingewiesen und die Mitbürgerinnen und Mitbürger mittels einer Unterschriftenaktion im eigenen Interesse um Mithilfe gebeten, weil wir Sorge hatten, dass künftig die notwendige Polizeipräsenz nicht mehr gewährleistet werden könnte.

Die Landesregierung reagierte heftig und behauptete, dass die Polizeipräsenz ausreichend und die Personalausstattung noch nie so gut gewesen sei, wie ehemals. Seit der rot-grünen Landesregierung seien mehr als 1000 Polizisten mehr auf Hessens Straßen. GdP-Verantwortliche wurden daher der Lüge bezichtigt und ein Landtagsabgeordneter unterstellte der GdP sogar einen offenen Wahlkampf für Kommunisten. Damit nicht genug: Spontane Empörungen von Polizeipräsidenten über derart viel Ungemach der GdP ergoss sich in einer „gemeinsamen öffentlichen Erklärung“ mit der Überschrift: „Jetzt reicht's!“. Medienwirksam inszenierte GdP-Austritte von Polizeipräsidenten, die sonst nicht zu den Lautsprechern ihrer Gilde zählen, sorgten dann für einen entsprechenden öffentlichen Wirbel – vor der Landtagswahl!

Manchmal tut es gut, die Dinge des Lebens mit einem gewissen Abstand zu betrachten.

Ein halbes Jahr nach dem turbulenten hessischen Landtagswahlkampf haben sich einige Gemüter wieder beruhigt und nachdem der Rauch geworfener Nebelkerzen verzogen ist, sollte nun der Blick klar sein für eine nüchterne Bestandsaufnahme.

Dabei darf unterstellt werden, dass sich die Personalsituation seit der GdP-Postkartenaktion nicht wesentlich verbessert oder verschlechtert hat. Sie ist entweder nach wie vor höchst beklagenswert (so die Auffassung der GdP) oder die GdP behauptet Unwahres, weil ja angeblich heute 1000 Polizisten mehr auf der Straße sind.

**Und nun zu den Fakten, die sich seit Dezember 2007 kaum verändert haben:**

Auch gegenwärtig können die Ruhestandsversetzungen nicht durch Neueinstellungen kompensiert werden, da die Landesregierung per Gesetz bis einschließlich 2008 einen landesweiten Personalabbau in der Landesverwaltung (Personalvermittlungsstelle), so auch bei der Polizei (minus 968 Stellen), beschlossen hat.

Als Folge musste bei der Polizei eine landesweite Personalbelastungsanalyse vollzogen werden, um die größten Per-

sonalmängel (PP Mittelhessen, PP Südosthessen) auszugleichen. Deren Umsetzung ist auf halber Strecke ausgesetzt worden, da abgebende Polizeibehörden (PP Frankfurt, PP Südhessen) ihrerseits keine Versetzungen aus der Bereitschaftspolizei erhalten können, weil diese ebenfalls personell auf dem „Zahnfleisch läuft“.

Durch den gleichzeitigen erheblichen Abbau von Verwaltungspersonal müssen mehr und mehr Kolleginnen und Kollegen von der Straße weg, um wenigstens teilweise diese Lücken zu stopfen. Der Bericht des Landesrechnungshofes lässt grüßen.

Die Personalstärken der Polizeipräsidenzien werden zunehmend geringer, da deren Ruhestandsversetzungen die Personalzuwächse regelmäßig übersteigen. Und mittlerweile werden sogar die Versetzungsmöglichkeiten einzelner Polizeipräsidenzien kontingentiert. Und die wenigen die kommen, sind für das Tagesgeschäft nur in völlig unzureichendem Umfang verfügbar, da, entsprechend politischer Vorgaben, zunächst Spezialeinheiten aufgefüllt werden müssen. (Dies ist das nachvollziehbare Ergebnis der „EG Zeit“.)

Die lange Wochenarbeitszeit und die damit verbundenen kurzgetakteten Er-

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

holungsphasen zollen ihren Tribut. Die Zahl der eingeschränkt dienstfähigen Kolleginnen und Kollegen, die nicht vollumfänglich eingesetzt werden können (Nachtdienste, Alarmhundertschaften) hat sich in den letzten Jahren dramatisch erhöht. Somit verdichtet sich die Arbeit der (noch) gesunden Kolleginnen und Kollegen, mit der Folge, dass deren Erholungsphasen mit dem bekannten Krankheitsrisiko noch kürzer werden und Überstunden sich ständig weiter auf-türmen. (Die Dreimillionengrenze ist in Sicht!)

Die gegenwärtigen Versetzungsmodalitäten bedingen in einigen Regionen eine dramatische Überalterung der Polizei. Der Nachwuchs in Nord-, Ost- und Mittelhessen ist durchschnittlich 38 Jahre alt, weil Berufsanfänger zunächst im Rhein-Main-Gebiet eingesetzt werden. In zehn Jahren wird somit jede(r) zweite Kollegin/Kollege in diesen Regionen das 50. Lebensjahr überschritten haben.

Weniger Personal im operativen Schichtdienst (Erster Angriff) bedeutet notwendigerweise Strukturveränderungen, die durch Zusammenlegen und Schließen von Rund-um-die-Uhr-Revieren-/Stationen bereits jetzt bittere Realität sind.

Zweifelsfrei muss die Polizei gewappnet sein, neuen Herausforderungen, wie Internet-/Datenkriminalität, Stalking,

Jugendgewalt sowie einer ständigen Terrorgefahr (Staatschutz) mit ausreichend Personal zu begegnen. Das geht aber nur mit **zusätzlichem Personal**. Das geht nur wenn Neueinstellungen die Ruhestandsversetzungen übersteigen. Das geht aber nicht mit dem Blendermodell nach dem Prinzip: „Von der linken in die rechte Tasche“. Schon gar nicht geht es mit dem drastischen Personalabbau und Personalumschichtung, wie sie in den letzten Jahren in Hessen praktiziert worden sind.

Neben der Glaubwürdigkeit der Politik bleibt, und das ist mindestens genauso schlimm, die Motivation der Kolleginnen und Kollegen und das Vertrauen in eine funktionierende Polizeiführung auf der Strecke.

Funktionierende Polizeiführung bedeutet nicht nur Loyalität zur Landesregierung, sondern unter den o. a. Rahmenbedingungen im besonderen Maße auch Fürsorgeverpflichtung für die Mitarbeiter/-innen.

Vor einigen Tagen konnte ich erfahren, dass nunmehr Polizeipräsidenten mit ihren Abteilungsleitern -Einsatz- beabsichtigen, wegen des eklatanten Personalmangels beim Landespolizeipräsidenten vorstellig zu werden.

Dieser Sinneswandel würde mich sehr freuen. **Denn es reicht jetzt wirklich!**

Dieses Mal könnten unsere Kolleginnen und Kollegen auf eine gemeinsame öffentliche Erklärung gerne verzichten.

**Jörg Bruchmüller**

**GLOSSE**

**Neues von POM Fritz**

Hallo! Ich heiße Fritz und bin Polizeiobermeister – POM Fritz halt. Einer der letzten hier in Hessen und manchmal schreibe ich für die GdP Publikationen, wenn mir was aufgefallen ist. Wie zuletzt bei der WM 2006.

Neulich habe ich geträumt. Das kommt in letzter Zeit immer öfter vor. Ich bin mir da nicht sicher, woran das liegt. Seit Anfang März ist das jedenfalls so. Ich habe also geträumt, bei RTL gäbe es eine neue Sendung mit dem Titel: „Hessen sucht den Super-Polizisten!“

In der Jury saßen der hessische Innenminister, natürlich Dieter Bohlen und Alice Schwarzer, weil ja auch der Frauenanteil stimmen muss. Dann haben sich unzählig viele Polizisten gemeldet und vorgestellt.

Gott sei Dank mussten die nicht singen oder tanzen, sondern die drei aus der Jury haben Fragen aus dem täglichen Polizistenleben gestellt. Allgemeine Fragen aus dem Polizei- und dem Strafprozessrecht hat der Innenminister gestellt.

Auch Fragen aus der Führungslehre. Natürlich auch Staats- und Verfassungsrecht und wie der Gang eines Gesetzes ist. Danach noch was zum Leitbild. Alice Schwarzer hat jeden gefragt: „Was wissen Sie über das Gleichstellungsgesetz?“ und „Wie gehen Sie denn mit Kolleginnen um?“

Dieter Bohlen hat, wie immer, seine blöden Sprüche losgelassen und die Kandidaten beleidigt. So hat er zum Beispiel zu einem Kollegen mit seinem Hamburger Dialekt gesagt: „Du bis’ ja noch dümmär wie Harry und Toto aus’m Färnsehen!“

Und wenn dann einer fertig war, wurde er entlassen oder kam in die nächste Runde!

In der Endausscheidung, so war mein Traum, sah ich lange Kapitän Ehlers von der Küstenwache und seinem Schiff Albatros aus dem ZDF vorne. Aber kurz vor dem Ende wurde er vom hessischen Landespolizeipräsidenten auf der Ziellinie überholt. Der ist jetzt Sieger bei „Hessen sucht den Super-Polizisten!“

Und die Jury hat das auch begründet: Weil der als Landespolizeipräsident immer vorschriftsmäßig handelt und alles richtig macht. Das ist nämlich das Wichtigste, wenn man Hessens Super-Polizist werden will. Und das macht Kapitän Ehlers nicht, hab’ ich geträumt.

Das alles war, wie gesagt, nur ein Traum. Denn die Wirklichkeit sieht Gott sei Dank anders aus. Bis auf Harry und Toto. Und das ist, so sagt mein Kollege, mittlerweile auch, schon eine Zumutung für jeden Polizeibeamten und Fernsehzuschauer!

**Euer POM Fritz**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



# Andreas Grün ist neuer Vorsitzender der GdP in Mittelhessen

Harald Dobrindt verlässt die gewerkschaftliche Bühne

Acht Jahre, nachdem Harald Dobrindt das Amt des Vorsitzenden der Bezirksgruppe Mittelhessen übernommen hatte, übergab er am 5. Juni 2008 auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz dieses Amt anlässlich seiner bevorstehenden Pensionierung an Andreas Grün von der Kreisgruppe Gießen-Wetzlar.

Harald Dobrindt war nach Konrad Jänicke (1981–1997) und Karl Weinelt (1997–2000) der dritte Vorstandsvorsitzende in der Geschichte der Bezirksgruppe Mittelhessen. Diese acht Jahre der Gewerkschaftsarbeit waren geprägt von seinem Stil, in dem Zuverlässigkeit, Sachlichkeit, Umsicht, Beharrlichkeit und Kollegialität dominierten.

In seinem letzten Rechenschaftsbericht stelle der scheidende Bezirksgruppenvorsitzende noch einmal einige besondere Schwerpunkte in der mittelhessischen Gewerkschaftsarbeit unter seinem Vorsitz heraus, bei denen das herausragende Erfolgserlebnis war, dass im August 2003 in der hessischen Polizei die zweigeteilten Laufbahn vollendet werden konnte.

Nach einem eindringlichen Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, in der GdP mitzuarbeiten, dabei die jungen Leute einzubinden und mit Aufgaben zu betrauen sowie die Solidargemeinschaft in der Polizei herauszustellen, schloss Harald mit dem Resümee: „Die Arbeit hat mir Spaß gemacht!“ Mit einem herzlichen Dank an seine Mitstreiter in der Bezirksgruppe Mittelhessen und dem alten Bergmannsgruß „Glück auf!“ verabschiedete sich der beliebte Kollege aus seiner Gewerkschaftsfunktion.



Der neue Bezirksgruppenvorsitzende Andreas Grün.

Holger Schmidt, Vorsitzender der größten Kreisgruppe in Mittelhessen, würdigte unter langem Beifall der Delegierten die von Harald Dobrindt geleistete Arbeit und bezog in den Dank auch die verständnisvolle Ehefrau mit ein.

Die folgende Wahl bestätigte eine in Mittelhessen bereits gefestigte Tradition, nämlich dass aufgrund guter Vorbereitungen der zu wählende Vorsitzende eine einhellige Zustimmung der Delegierten erwarten kann. Andreas Grün, der 47-jährige Oberkommissar, der auf der Polizeistation Grünberg seinen Dienst versieht und in der mittelhessischen Gewerkschaftsarbeit kein Unbekannter ist, wurde einstimmig zum neuen Vorsitzenden der Bezirksgruppe Mittelhessen gewählt. In seiner Antrittsrede bedankte er sich für das entgegengebrachte Vertrauen und stellte seine Vorstellungen über die Fortsetzung der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit dar. Schwerpunkte bildeten dabei die Forderungen, die bisher noch nicht durchgesetzt werden konnten. Dabei müsse auch auf die Behördenleiter und Vorgesetzten eingewirkt werden, um sie zu vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der GdP und dem Personalrat zu bewegen.

**Konrad Jänicke**  
GdP Mittelhessen



Harald Dobrindt (links) bekommt zum Abschied von Holger Schmidt (rechts) ein Blumenpräsent überreicht.



## Wem nutzt es?

Hessens Ministerpräsident Roland Koch verweigert Unterschrift!

Die Studentenvereinigung rief am 10. Juni 2008 zu einer Kundgebung mit anschließendem Aufmarsch durch die Frankfurter Innenstadt auf.

Wieder einmal demonstrierten die Studenten gegen die Studiengebühr bzw. machten ihren Unmut Ihnen gegenüber Luft – und wieder einmal während eines Großereignisses wie der Fußball-Europameisterschaft.

Obwohl der Hessische Landtag die Abschaffung der Studiengebühren beschlossen hat, weigern Sie sich ein entsprechendes Gesetz zu unterschreiben, aus Gründen, die für den Einzelnen nicht nachvollziehbar sind. Mit der Verweigerung Ihrer Unterschrift haben Sie ver-

sucht die Opposition als unfähig bloßzustellen.

Ihre Weitsicht hat aber insofern nicht gereicht, dass für diese Demonstration mehrere hundert hessische Beamte der Bereitschaftspolizei und aus dem Einzeldienst, eine Hundertschaft aus Rheinland-Pfalz und die Bundespolizei eingesetzt waren.

In Anbetracht der Europameisterschaft befinden sich ca. 200 hessische Beamte im Auslandseinsatz, zeitgleich werden seit Beginn der Europameisterschaft die Public-Viewing-Areas durch Zusatzdienste abgedeckt. Auch der Hessentag, der eine Woche lang dauert, bindet eine größere Zahl an Kräften. Der Gipfel der

Auslastung, ohne die Urlaubs- und Krankheitsrate zu erwähnen, der JP-Morgan Firmenlauf mit 73 000 Teilnehmern vom 11. Juni, der neben dem am 13. Juni stattfindenden Landesaktionstag auch polizeilich abgedeckt werden muss.

Das alles nur, weil Sie sich nicht beugen möchten, obwohl Sie keine Mehrheit mehr haben.

Dieser Einsatz hat viele tausende Euro gekostet! Das ist verwerflich!

Festzustellen bleibt, dass weitere Demonstrationen angemeldet sind und das Gesetz letztendlich doch von Ihnen unterschrieben wird! **Kurzum: „Es war umsonst“!**

Antonio Pedron, JUNGE GRUPPE

## PERSONALAUSSTATTUNG

# Anonymer Brief prangert Personalnot bei Lauterbacher Polizei an

Anfang Juni lag im Briefkasten der Lauterbacher Polizei ein anonymer Brief. Für die Polizei fast schon ein alltäglicher Vorgang – **dieses Mal aber nicht!**

Der Verfasser des Briefes zeigte detailliert die Personalnot der Polizeistation Lauterbach und ihrer beiden Posten in Schotten und Schlitz auf. Selbstverständlich verteidigte die Behördenleitung des PP Osthessen die Personalausstattung der Polizeistation Lauterbach, verwies auf den virtuellen Personalgewinn durch die Wochenarbeitszeiterhöhung und die Statistik.

Der Verfasser des anonymen Briefes zeigte sehr deutlich die tatsächliche Personalsituation anhand von Fehlstellen, die u. a. durch Abordnung, Verlagerungen etc. entstehen auf. Eine sachgerechte Personalausstattung wurde als Fürsorgepflicht des Dienstherrn bezeichnet. „Unsere Bitte an Sie ist es, dass Sie unser Problem öffentlich machen und bei den Verantwortlichen, insbesondere in der Politik einsetzen.“

„Es geht um die Sicherheit der Bürger im Vogelsberg, aber auch um dessen Polizeibeamte“, schreibt der Lauterbacher Anzeiger.

Großes Verständnis für den Schritt seiner Lauterbacher Kollegen hat BZG-Vorsitzender Ewald Gerk. „Einen solchen Brief zu schreiben, zeigt, dass die Kollegen nicht mehr nur mit dem Rücken an der Wand stehen, sondern bereits im Putz“, fand er drastische Worte. Seit längerem prangert die osthessische GdP den permanenten Stellenabbau beim PP Osthessen an. Ob Zukunftssicherungsgesetz, Verstärkung von Sondereinheiten oder die Wegrationalisierung der Werkstätten, alles zusammen führt zu einer drastischen Verringerung der Beschäftigten,

in der Folge zu einer Arbeitsverdichtung und letztendlich zu einem Serviceverlust für den Bürger.

Treffend formulierte dies die Redakteurin des „Lauterbacher Anzeiger“, Claudia Kempf, in ihrem Kommentar: „... Hilfe von oben erwarten die Polizisten, die täglich auf der Straße ihren Kopf hinhalten, nicht wirklich. Das zeugt nicht gerade von einem vertrauensvollen Umgang zwischen den Männern und Frauen an der Basis und der Führungsriege in Fulda und Wiesbaden ...“.

GdP Osthessen

## BEZIRKSGRUPPE OSTHESSEN

# Seniorentagung in Niederjossa

Dies diesjährige Seniorentagung der Bezirksgruppe Osthessen findet am:

**Dienstag, 26. August 2008, 13.30 Uhr, in Niederjossa, im Sportlerheim** statt.

**Tagungsprogramm: Informationen rund um die Krankenversicherung und Beihilfe.**

Anmeldungen bitte an:

Hermann Müller, Tel.: 0 66 52/46 22 oder

Ewald Gerk, Tel.: 06 61/9 01 35 25, Fax: 06 61/9 01 35 24 oder E-Mail [egerk@onlinehome.de](mailto:egerk@onlinehome.de)

Hermann Müller



## RECHTE DER BESCHÄFTIGTEN STÄRKEN

**Mehr Demokratie jetzt!**

Eine hoffnungslose Rückständigkeit in Sachen direkter Demokratie und ein viel zu hohes Quorum, das bundesweit seinesgleichen sucht, beklagen fast alle Parteien im Hessischen Landtag und verweisen bei dieser Gelegenheit auf andere Bundesländer, bei denen der Umgang mit direkter Demokratie in der Verfassung realitätsnah verankert ist. Dies ist nicht weiter verwunderlich, denn in Hessen hängen die Trauben sehr hoch: Wer glaubt schon ernsthaft, dass für ein Volksbegehren 20 Prozent der Wahlberechtigten die nötigen Unterschriften in nur zwei Wochen zusammenbringen? Die aktuelle Diskussion über die Änderung der hessischen Verfassung mit dem Anspruch auf mehr direkte Demokratie sollte sich aber nicht nur auf das ranghöchste Gesetzeswerk beschränken. Demokratisches Selbstverständnis eines modernen Staates spiegelt sich besonders im täglichen Leben, im Bereich von Verwaltung und Polizei (Gewaltmonopol) und in deren Gesetzgebung wider.

**Zur Erinnerung:**

Die Landesregierung hat mit der restriktiven Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes gleich zweimal (1999 und 2003) Mitbestimmungsrechte der Polizeibeschäftigten und den Handlungsrahmen der Personalräte derart beschnitten, dass Hessen bundesweit den unrühmlichen letzten Tabellenplatz einnimmt.

Die offizielle Bezeichnung „Beschleunigungsgesetz“ unterstellte, dass durch überzogene Mitbestimmungsrechte der Personalräte notwendige Strukturveränderungen (gemeint waren wohl drastische Sparmaßnahmen) aufgehalten bzw. verhindert werden könnten. Die Vision des Durchregierens im gestreckten Galopp beflügelte Politiker von Mehrheitsfraktionen seinerzeit zu der Gesetzesänderung. Obwohl die GdP in der Anhörung zur HPVG-Gesetzesnovelle deutlich machte, dass es nicht die Personalräte waren, sondern nachweislich Behördenleitungen die führende Personalstellen monatelang nicht besetzten und notwendige Personalentwicklungspläne (bis heute!) unbearbeitet ließen, ignorierte man unseren Einwand.

Wie will man auch beschleunigen, wenn man ständig auf der Bremse steht.

Darüber hinaus waren diese Gesetzesänderungen nicht von Weitsicht geprägt. Die Menschen (auch die Beschäftigten der Polizei) wollen mitbestimmen. Sie wollen Verantwortung tragen, gerade wenn Verteilungsmöglichkeiten endlich sind. Regierungspolitiker wären gut beraten, die Personalvertretungen mit einzubinden. An dieser Stelle zitiere ich gerne Freiherr vom Stein: „Vor Ort geregelt ist allemal besser, als von oben verordnet.“

„Hessen hinten“ gilt auch für das personalrätliche Betreuungsverhältnis: Für die Wahrnehmung der gesetzlichen Auf-



gaben stehen für über 18 000 Kolleginnen und Kollegen nur elf örtliche Personalräte und ein Hauptpersonalrat zur Verfügung. Beispielsweise muss ein großes Flächenpräsidium, wie das PP Nordhessen (1976 Beschäftigte, vier Landkreise und eine kreisfreie Stadt) mit drei Freistellungen auskommen. Innerhalb vieler Präsidien sind die Entfernungen zu den Dienststellen recht hoch und betragen bis zu 100 km, bei der Bereitschaftspolizei sogar bis zu 200 km.

Welcher andere Teil der hessischen Landesverwaltung oder welche Landespolizeien können mit diesem Mangel konkurrieren? Da hilft es auch nicht, dass Landtagsabgeordnete während des Gesetzgebungsverfahrens eingestanden hatten, dass „die Polizei personalräte besonders arg gebeutelt seien, aber wegen des fortgeschrittenen Gesetzgebungsverfahrens dies nicht mehr rückgängig gemacht werden könne“.

Die personalrätliche Praxis bei der hessischen Polizei in den letzten acht Jahren hat deutlich gemacht, dass eine orts- und zeitnahe Vertretung der Interessen

der Beschäftigten nicht vollumfänglich gewährleistet ist. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass dies von der Landesregierung durchaus gewollt ist. Sind die teilweise sehr schlechten Wahlbeteiligungen bei den Personalratswahlen bereits Ausdruck dieser Politik nach dem Vierklang: Per Gesetz geschwächte Personalräte – mangelnde Personalratsbetreuung – unzufriedene Beschäftigte – schlechte Personalratswahlen?

Liegt es im Interesse der Politik, die Menschen von allen Wahlurnen, von Demokratie fernzuhalten? Ist es nicht eine unerhörte Heuchelei, wenn dann genau dieselben Politiker die schwachen Wahlbeteiligungen bei Europa-, Bundes-, Landtags- und Kommunalwahlen beklagen?

Die Polizeibeschäftigten wollen mitentscheiden. Qualifizierte Mitbestimmung und ordentliche Rahmenbedingungen für eine funktionierende personalrätliche Betreuung gehören zu den Grundpfeilern einer demokratischen Polizei. Wer in diesen Tagen direkte Demokratie einfordert, kann daran nicht vorbeigehen. Eine Gesetzesänderung im besten demokratischen Sinne ist dringend geboten. Es kostet auch nichts! Im Gegenteil: Die Polizei würde auf allen Ebenen profitieren.

**Jörg Bruchmüller**



# Erhofftes Sommermärchen nur knapp verfehlt

Hessen unterstützt die Schweizer Polizei



Das erhoffte Sommermärchen bei der EURO 2008 wurde knapp verfehlt. Die deutsche Mannschaft erreichte das Finale und verlor aus sportlicher Sicht verdient. Dennoch kann man sich über einen zweiten Platz freuen, in Erinnerung der Tatsache, dass in Europa die Bundesligamannschaften keine Rolle im internationalen Vergleich der Championsleague spielen.

Personalräten und Gewerkschaftsvertretern liegt natürlich die Rückschau auf die zurückliegende Einsatzmaßnahme am Herzen. Es geht um Unterbringung, Vergütung und Versorgung.

Natürlich war von Anfang an klar, dass alle eingesetzten Kräfte eher ein Auge zudrücken, als sich zu beschweren. So auch bei der Wahl der Unterbringungsstätte. Im Vergleich zu den angebotenen Bunkern natürlich First-Class. Legt man aber den Standard des Leitfadens 150, Versorgung im Einsatz, an, sieht es schon wieder ganz anders aus.

In Gesprächen mit unseren Einsatzkräften wurde indes schon über die Mehrfachbelegung in der Liestalkaserne Beschwerde geführt. Wie ich finde auch zurecht. Gleichwohl die Premiere, erstmals international eingesetzt zu werden wie Balsam Wirkung entfaltet – die geschaffenen Standards sind dazu da, um sie auch einzuhalten.

Als Personalrat haben wir daher für unsere eingesetzten Kräfte mittels Initiativantrag eine entsprechende Stundenvergütung beantragt. Als erfahrene Einsatzbetreuer, schließlich

ches Nein entgegenen – dies wäre bei der Hitze auch gar nicht gegangen.

In den Vorrundenspielen in Basel, außer beim Spiel der Gastgeber gegen die Türkei, war das sogenannte Public Viewing ein Event nahezu ohne Zuschauer. Vielleicht lag es daran,

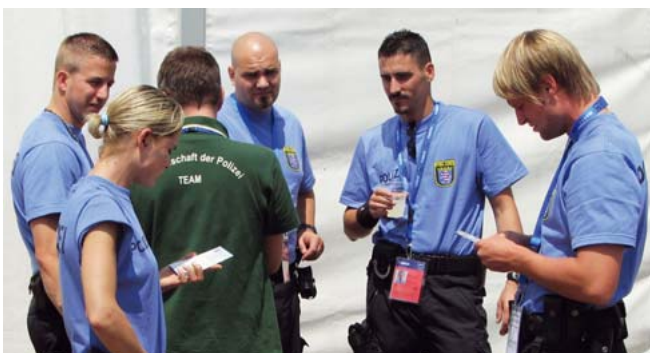


Hundertschaft angetreten!

dass die schweizerischen Betreiber einen Eintrittszuschlag von 30 SFR genommen haben.

Die Verpflegung in der Schweiz und speziell hier in Basel war Top! Ist aber auch bei einem Tagessatz von 50 SFR nachvollziehbar. In einem extra errichteten Zelt konnten die Kräfte 24 Stunden pro Tag die Versorgungsleistungen abrufen. Man brauchte nur Platz zu nehmen und bekam das warme Essen nebst Getränken serviert. „Die HBP zu Gast bei Freunden“ – oder ähnliche Gedanken kamen bei diesem Service auf.

Der Chef der Baseler Polizei begrüßte uns vor den Einsatzmaßnahmen und zeigte sich erfreut darüber, dass die Dienstbekleidungen beider Länder nahezu identisch waren. Was natürlich den Schweizerinnen und Schweizern hier und da den Ein-



Jens Mohrherr (Dritter von links) im Gespräch mit eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

lag die bei der WM 2006 sechswöchige Einsatzbetreuung mit dem eigens angemieteten GdP-Haus am Main noch nicht lange zurück, richteten wir uns auf ähnliche Verhältnisse und damit auch auf Fanaufkommen wie in Frankfurt ein. Leider mussten wir den Nachfragen nach Eis (wie bei der WM 2006) ein deutli-



EURO 2008

druck erweckte, die Kräfte seien aus der Schweiz. In vielen Bürgergesprächen haben wir auch erfahren, wie dankbar die Bürgerinnen und Bürger in Basel waren, dass gerade die Polizei aus Deutschland und damit auch die HBP dieses weltumspannende Ereignis unterstützte. Man unterstellte den geübten – und mit WM Erfahrung versehenen hessischen Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten eine hohe Fach- und Sachkompetenz, die wir vor Ort auch erfüllten.

Jens Mohrherr



In einem extra errichteten Zelt konnten die Kräfte 24 Stunden am Tag die Versorgungsleistungen abrufen.

BEZIRKSGRUPPE WESTHESSEN

Senioren Ausflug in den Rheingau

Der Seniorenvorstand der BZG Westhessen lädt ganz herzlich ein zu einem Ausflug in den Rheingau. Unser Ziel wird sein Kloster Eberbach und Kiedrich.

Teilnehmen können alle Seniorinnen und Senioren der BZG Westhessen einschließlich einer Begleitperson.

Bus-Route 2:

8:00 Uhr ab PD Limburg, weiter zur PSt Weilburg, PSt Usingen, PD Bad Homburg, PSt Hofheim, Wiesbaden (Kahle Mühle, Erich-Ollenhauer-Straße), Kiedrich/Rheingau.

**Die Fahrt findet am Dienstag, dem 7. Oktober 2008, von 8:00 bis 20:00 Uhr, statt.**

Programm:  
Geführte Besichtigung des Klosters Eberbach, Mittagessen in Kiedrich, Geführte Besichtigung der St. Valentinuskirche mit Inventar aus der Zeit um 1500, Besichtigung des Winzerkellers mit kleiner Weinprobe

Anmeldungen bitte nur schriftlich bis 1. 9. 2008 an die Bezirksgruppe Westhessen, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden. Auch per Fax an 06 11-345-10 89 oder E-Mail an:

Peter.Wittig@poli.zei.hessen.de

Rückfahrt um 17:30 Uhr.

Bus-Route 1:

8:00 Uhr ab PD Limburg, weiter zur PSt Idstein, Taunusstein-Hahn (ZOB Dr. Nikolaus-Platz), Bad Schwalbach (Feuerwehrstützpunkt), Wiesbaden (Kahle Mühle, Erich-Ollenhauer-Straße), Kiedrich/Rheingau.

Der Seniorenvorstand hofft auf eine rege Beteiligung und freut sich mit Euch auf einen geselligen Aufenthalt im Rheingau.

Peter Wittig/Wilfried Honecker

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Frank-Matthias Spitzl
- Josef Massag
- Ingo-Endrick Lankau
- Oliver Langer
- Markus Ennen
- Waltraud Beckmann
- Kreisgruppe Darmstadt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Karl-Heinrich Braun
- Thomas Edward Grennigloh
- Kreisgruppe Darmstadt

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Dieter Schenk
- Kreisgruppe Wasserschutzpolizei
- Hans von Dungen
- Kreisgruppe Darmstadt

ES VERSTARBEN

- Ewald Häring
- Kreisgruppe Wiesbaden
- Herbert Pfarrer
- Wilfried Panteleit
- Bezirksgruppe Frankfurt a. M.
- Franz Lange
- Kreisgruppe Kassel

- Robert Wilhelm
- Kreisgruppe Werra-Meissner
- Franz Dörner
- Kreisgruppe Main-Kinzig
- Charlotte Krüger
- Kreisgruppe Dillenburg-Herborn
- Richard Kempf
- Kreisgruppe PTLV

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken erweisen.



# Ist die neue „Blaue“ so gut, wie sie aussieht?

**Um es vorweg zu nehmen, bei den hier aufgezeigten Ergebnissen der Untersuchung, der alten grün/beigen und der neuen blauen Uniform, handelt es sich weder bei der alten, noch bei der neuen blauen Uniform um hessische Uniformteile.**

Detaillierte Erkenntnisse über die Stoffqualitäten der hessischen neuen blauen Uniform liegen der GdP nicht vor. In einem Schreiben an das LPP haben wir hierüber Auskunft erbeten.

Für Hessen sicherlich sehr positiv ist die Tatsache, dass aktuell eine Projektgruppe, zur Weiterentwicklung der blauen Uniform, eingerichtet wurde. Die Frage nach dem richtigen Poloshirt und die Verbesserung einzelner Kleidungsstücke sind Aufgaben, denen man sich im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen auch in Zukunft stellen muss.

Allerdings ist die Einführung der neuen blauen Uniform nicht in allen Bundesländern so komplikationslos wie in Hessen abgelaufen. Insbesondere in der Frage der Materialauswahl gab es offensichtliche Mängel, die unsere Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen sehr deutlich artikulierten.

Grund genug für die GdP, dieser Sache nachzugehen und auf Bundesebene den Auftrag zu erteilen, die aktuelle beige/grüne Dienstkleidung, mit der eingeführten blauen Dienstkleidung aus Niedersachsen, auf Herz und Nieren zu testen.

## GdP-Bundesfachausschuss „Schutzpolizei“ regte Prüfung der blauen Dienstkleidung an

Aufgrund dieser massiven Beschwerden aus dem Kollegenkreis der niedersächsischen Polizei regte der Bundesfachausschuss der Schutzpolizei einen Brandtest mit der neuen Uniform an. Mit diesem und einer ganzen Reihe weiterer Vergleichstests wurde die öffentliche Prüfstelle für das Textilwesen in Mönchengladbach beauftragt.

**Das Ergebnis im Brandverhalten war bei einer ersten Betrachtung erschreckend!**

Ende des vergangenen Jahres besuchten die Mitglieder des Bundesfachausschusses die öffentliche Prüfstelle der Hochschule Niederrhein, um sich vor Ort von den Prüfungen ein Bild zu machen. Für Hessen nahm Lothar Hölzgen (Mitglied des GdP-Landesvorstands, Vorsitzender des Bundesfachausschuss Schutzpolizei) an der Prüfung der blauen Dienstkleidung teil.

Die Öffentliche Prüfstelle:

- betreibt im Rahmen ihrer Aufgaben selbständige Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten und beteiligt sich an der Erstellung von Normen, Prüfverfahren und Richtlinien.
- pflegt engen Kontakt zu Hoch- und Fachhochschulen, zu wissenschaftlichen Instituten, zur Industrie, zum Handel und zu den Verbänden der Textil- und Bekleidungsindustrie.
- befasst sich schwerpunktmäßig mit dem angewandten Qualitätsmanagement von Fasern und Filamenten aus allen Textilien an zertifizierten Prüfgeräten.
- arbeitet üblicherweise auf der Grundlage der aktuellen Normen nach DIN, EN, ISO, British Standard, Marks & Spencer; u. a. führt sie chemisch-technische und physikalisch-technische Untersuchungen durch.

## Prüfung mit moderner Laborausstattung und zertifizierten Geräten

Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit einer Ausrüstung, wie z. B. die Fähigkeit des verwandten Stoffes Wasser über einen längeren Zeitraum abzuweisen. Nur eine wasserabweisende Dienstkleidung schützt unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz auf der Straße – auch über einen längeren Zeitraum. Eine Dienstkleidung, die nach kurzem Regen durchnässt, ist für unsere Kolleginnen und Kollegen im Außendienst nicht zu akzeptieren.

*Das Ergebnis:*

Die blaue Dienstkleidung (Außenjacke) Modell „Hamburg“ ist aufgrund der Innenbeschichtung wasserabweisend. Kein Wasser dringt durch den Stoff. Kleinste Tropfen perlen durch einfaches Schütteln bzw. Klopfen von der Stoffoberfläche ab.

Natürlich waren die Mitglieder des BFA-S gespannt, wie dieses erste Testverfahren verläuft.

*Das Ergebnis:*

Die Innenbeschichtung des Stoffs schmilzt und tropft brennend ab. Getragen auf dem Körper würden sich die brennenden Schmelztropfen in die Haut einbrennen und schwerste Verbrennungen verursachen.

Nicht neu auch die Brandergebnisse bei der aktuellen grünen Dienstkleidung (Niedersachsen). Ob Diensthemd, Anorak oder Tuchhose, alle getesteten Stoffproben hatten ein sehr schlechtes Brandverhalten. Erschreckend ist nur, dass bei der neuen blauen Dienstkleidung (Außenjacke Modell Hamburg) das Brandverhalten nicht besser, sondern erheblich schlechter geworden ist.

In diesem Zusammenhang müssen unsere Kolleginnen und Kollegen wissen, dass man den totalen Brandschutz bei der „normalen Uniform“ so nicht gewährleisten kann. Hierfür wird diese auch nicht konzipiert. Deutlich mehr Brandschutz ginge zu Lasten des Tragekomforts. Hinzu kommt, dass die Imprägnierung von Stoffen nicht immer hautverträglich ist. Da wir aber, zum Beispiel gerade in Hessen, auf Tragekomfort und Alltagsauglichkeit erheblichen Wert gelegt haben, dürfen wir sicherlich behaupten, dass die Einführung und die Wahl der Produkte hier bei uns erheblich besser und wohl auch professioneller umgesetzt wurden.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in der Testphase, haben hier einen wesentlichen Beitrag an dem positiven Verlauf in Hessen.

Im Bezug auf die Sonderbekleidung, hier im Besonderen die Einsatzanzüge, ist Hessen aktuell dabei, die neuen flammhemmenden Anzüge für jeden zur Verfügung zu stellen. Bei der Beschaffung und Auslieferung dieser Anzüge darf man sicher sein, dass diese den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.

**Lothar Hölzgen**

**Die GdP wird nach Abschluss aller Prüfungen das Ergebnis in den GdP Publikationen veröffentlichten.**

